

Neues in der Traditionsburg Westminster

Britische Wahlkommission überwacht die Parteifinanzen

Das Westminster-Parlament ist eine Hochburg der Tradition. Am Wahlsystem wird auch bei diesen Unterhauswahlen nicht gerüttelt. Neu ist jedoch die Institution einer Wahlkommission, die für die Registrierung der Parteien und für die Überwachung ihres Finanzgebarens bis in die Wahlkreise hinein zuständig ist.

pgp. London, Ende Mai

Dass am 7. Juni, und nicht an einem anderen Datum, Gesamterneuerungswahlen für das britische Unterhaus stattfinden, ist nicht vom Gesetz vorgegeben, sondern die Folge einer Entscheidung, die de facto dem Premierminister zusteht, auch wenn de jure die Auflösung des Parlaments durch Proklamation des Souveräns auf Anraten des Regierungschefs erfolgt. Die geltende Parliament Act von 1911 legt allein die Höchstdauer eines Parlaments, also die maximale Frist zwischen zwei Unterhauswahlen, auf 5 Jahre fest. Innerhalb dieses Zeitraums hat der Premier freie Hand. Zweimal ist im 20. Jahrhundert die Parlamentsdauer in extremis verlängert worden: auf 8 Jahre (1911–1919) im Ersten und auf 10 Jahre (1935–1945) im Zweiten Weltkrieg.

Die Kunst des Ausrufens von Wahlen

Die Befugnis zur Festlegung des Wahldatums ist eine potenziell starke, mitunter aber zweischneidige Waffe in der Hand des Premierministers und der Regierungspartei. Margaret Thatcher hat die Flexibilität zu ihrem Vorteil genutzt und zweimal nach vier Jahren im Spätfrühling Neuwahlen angesetzt, die sie klar gewann. Tony Blair befolgt dieses Rezept, voraussichtlich mit Erfolg. Auch Harold Macmillan bewies guten Instinkt, als er 1959 mit dem Slogan «You never had it so good» an die Urnen ging. Zwei konservative Amtskollegen, Alec Douglas-Home 1964 und John Major 1997, sahen jedoch die Zeit gegen sich arbeiten, als sie Neuwahlen fast bis zum Limit hinauszögerten und schliesslich unterlagen. Durch Rücktritt des Vorgängers an die Macht gekommene Premierminister suchen in der Regel eine baldige Bestätigung an den Urnen: Anthony Eden gelang dies schlagend, als er, kaum in der Downing Street 10 eingezogen, im April 1955 Unterhauswahlen ausrief; John Major wartete nach Thatchers Ausbootung länger, bis er sich im April 1992 dem Volk stellte, und gewann dann überraschend.

Zweifellos ein Vorteil der Regelung ist, dass sie

bei unklarem Wahlausgang rasche Neuwahlen erlaubt. So folgte auf die Wahlen vom Februar 1950, als Labour eine Mehrheit von nur 5 Sitzen errang, im Oktober 1951 ein neuer Urnengang, den die Tories gewannen. Harold Wilson baute im März 1966, als ihm die Gelegenheit günstig schien, die 17 Monate zuvor erhaltene Mehrheit von bloss 4 Sitzen auf deren 96 aus. 1974 gelang ihm das Kunststück erneut, als er die bloss relative Mehrheit vom Februar im Oktober zu einer absoluten von 3 Sitzen ausbaute. Diese hielt, bis Wilsons Nachfolger James Callaghan im Mai 1979 in einer Vertrauensabstimmung im Unterhaus mit 311 zu 310 Stimmen unterlag und Neuwahlen ausschreiben musste, in denen er prompt gegen Thatcher unterlag. Es war der einzige Sturz einer Regierung durch Entzug des Vertrauens im Parlament seit dem Krieg. Ein Kabinett kann theoretisch auch zu Fall kommen, wenn es nach der Debatte über die Thronrede, das vom Souverän im Oberhaus verlesene Jahresprogramm der Regierung, im Unterhaus unterliegt (was 1921 geschah) oder wenn es in der Budgetabstimmung oder bei einem wichtigen, im Wahlmanifest enthaltenen Gesetzgebungsprojekt den Kürzeren zieht.

Warum am Donnerstag?

Seit Menschengedenken werden Unterhauswahlen an einem Donnerstag veranstaltet, obwohl das Gesetz darüber nichts vorschreibt. Zuletzt fand eine Wahl 1931 an einem andern Wochentag statt, einem Dienstag. Die landläufige Begründung lautet, von Freitag bis Montag leide ein grosser Teil der Wählerschaft unter den Folgen von Besuchen in den Pubs und sei deshalb zu einem nüchternen Gang an die Urne nicht fähig. Das mag im 19. oder im frühen 20. Jahrhundert eher gegolten haben als heute, aber auch unter New Labour ist das Vereinigte Königreich nicht ein Land, in dem leichthin mit der Tradition gebrochen wird.

Vor allem am reinen Majorzsystem in Einerwahlkreisen bei den Unterhauswahlen hält die

Regierungspartei trotz allen Lippenbekenntnissen zur Reform in Richtung Proporz fest, solange sie auf die Stimmen der Liberaldemokraten im Parlament nicht angewiesen ist. Dieser Wahlmodus fördert ein Zweiparteiensystem, benachteiligt die übrigen Konkurrenten, produziert Unmengen von «verlorenen» Stimmen und führt in der Regel zu

klaren Verhältnissen im Unterhaus, bisweilen allerdings mit extremer Verzerrung zwischen Stimmen- und Mandatsanteil der Parteien. 1987 gewannen die Tories mit 43 Prozent der Stimmen 58 Prozent der Sitze, Labour mit 32 deren 35 und die Allianz von Liberalen und Sozialdemokraten mit 23 bloss 3 Prozent.

Zunehmende Dominanz des Premierministers

Der Wahlmodus hat die Vorteile, einfach zu sein und die Abgeordneten an Wahlkreis und Wähler zu binden. Von Freitag bis Sonntag hält sich ein Unterhausmitglied normalerweise in seinem Wahlkreis auf und hält Sprechstunden. Spätestens seit es Radio und Fernsehen gibt, sind die Unterhauswahlen jedoch keine vorwiegend lokale Auseinandersetzung mehr, sondern ein nationales, im Schottland, Wales und Nordirland auch regionales Medienereignis, das von den Persönlichkeiten der Partei- und damit potenziellen Regierungschefs geprägt wird. Blair wird vorgehalten, dass er ein präsidiales Regime führt und das Ministerkabinet, also das kollegiale Element der Exekutive, hinter das Küchenkabinet, also seinen Beraterkreis, gestellt hat wie kein Premier zuvor. In der Tat verfügt der britische Regierungschef über eine weit stärkere Stellung gegenüber der Legislative als etwa der amerikanische Präsident; nur formelles Staatsoberhaupt ist er nicht.

Der ökonomische Vorteil des Westminster-Systems ist, dass sich die Parteien um ihre Hochburgen kaum kümmern müssen, sondern die Ressourcen auf jene Wahlkreise konzentrieren können, wo es hart auf hart geht. In der Regel sind das nicht mehr als 150 bis 200, also rund ein Viertel der Mandate (seit 1997 zählt das Unterhaus 659 Sitze). In diesen «target constituencies» erscheint die nationale Parteiprominenz am häufigsten, um den lokalen Kandidaten unter die Arme zu greifen. In der Mehrzahl der Wahlkreise gilt hingegen die Gleichgültigkeit der Stammwähler als grösstes Risiko für die dominierende Partei; ganz besonders in einer Wahl wie der jetzigen, wo das Ergebnis nach allgemeinem Dafürhalten längst feststeht.

Ein neues Parteienregister

Neu, und keineswegs eine Nebensächlichkeits, ist bei dieser Wahl die Einrichtung der «Electoral Commission». Die Wahlkommission hat zwar nicht, wie in vielen andern Ländern, die Aufgabe, als partei- und regierungsunabhängige Instanz die Wahlen zu organisieren und das Ergebnis zu

ermitteln. Dies geschieht nach wie vor in den einzelnen Wahlkreisen, die dann den Namen der gewählten Person den Unterhausbeamten zum Eintrag ins «Return Book» übermitteln; dieses ist als Evidenz zur Mitgliedschaftsberechtigung im Parlament ausreichend. Zuständig ist die Kommission jedoch für die Registrierung der Parteien und für die Kontrolle über deren Finanzgebaren. Sie ist dem Speaker des Unterhauses gegenüber verantwortlich, ihre Planung, ihr Budget und ihr Jahresbericht sind vom Parlament zu genehmigen, und ihre Mitglieder müssen seit mindestens zehn Jahren parteipolitisch abstinent gewesen sein.

Im neuen Parteienregister waren bis Ende April 132 Parteien eingetragen; in Nordirland wird das Register separat geführt. Durch den Eintrag sind Parteiname und Parteesymbol geschützt. Damit sind Missbräuche wie die Piraterie von Parteinamen, die bei früheren Wahlen in einzelnen Wahlkreisen häufig vorkamen und bisweilen das Ergebnis entscheidend verzerrten, kaum mehr möglich. Die grosse Zahl von Parteien in einem System, das Vielfalt im Parlament verhindert, mag erstaunen. Das Depositum von 500 Pfund, das verfällt, wenn ein Kandidat unter fünf Prozent der Stimmen bleibt, ist keine Hürde, die ernsthafte Aussenseiterparteien und Ein-Themen-Gruppen oder politische Clowns und Egomane von der Teilnahme am Wahlkampf abhalten würde, der traditionell karnevaleske Züge trägt.

Keine anonymen Mäzene mehr

Viel bedeutender für das politische Leben ist jedoch die Rolle, welche die Wahlkommission auf Grund des neuen Gesetzes über Parteien, Wahlen und Referenden als Überwacherin der Parteienfinanzen ausübt. Nach wie vor gibt es in Grossbritannien keine staatliche Finanzierung der politischen Parteien; frei sind lediglich kurze Radio- und Fernsehspots und die Postzustellung eines Flugblatts an alle Haushalte im Wahlkampf. Bisher gab es keinen Zwang zur Offenlegung der Geldquellen der Parteien und keine Ausgabenbeschränkungen für die nationale Kampagne bei

den Unterhauswahlen. Reich sind die Parteien deswegen nie gewesen; vielmehr hing ihr pekuniäres Wohlergehen meist von wenigen Mäzenen ab, Privatpersonen im Fall der Tories, Gewerkschaften im Fall Labours. Der Verlust der Anonymität könnte den Spenderkreis einschränken.

Nunmehr ist der Spenderkreis auf wahlberechtigte Individuen und Firmen mit Sitz in Grossbritannien beschränkt. Bei Firmenspenden muss die Zustimmung der Aktionäre eingeholt werden. Alle Beträge über 200 Pfund müssen in der Jahresrechnung offengelegt werden, Spenden ab 5000 Pfund normalerweise vierteljährlich und während des offiziellen Wahlkampfs jede Woche. Auf lokaler Ebene, also von einem Kandidaten in seinem Wahlkreis, dürfen nicht mehr als etwa 8000 Pfund ausgegeben werden; für ihre nationale Kampagne darf eine Partei höchstens 16 Millionen aufwenden. Der nationale Maximalbetrag gilt nach Ausschreibung der Wahlen rückwirkend für die 365 Tage bis zum Wahldatum. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass der Zeit-

punkt der Wahlen meistens schon vor der offiziellen Bekanntgabe ein offenes Geheimnis ist und die Kampagne längst begonnen hat.

Spätestens sechs Monate nach den Wahlen müssen die Parteien ihre belegte und geprüfte Buchhaltung abliefern. Für Verstösse sieht das Gesetz Strafen zwischen Busse und Gefängnis vor. Die Wahlkommission eruiert Verstösse, bringt Beweise bei und kann in geringfügigeren Fällen Ordnungsbussen verhängen; in strafrechtlich relevanten gravierenderen Fällen tritt jedoch die Staatsanwaltschaft in Aktion. Dass die gesetzlichen Beschränkungen dem Wahlkampf ein neues Gesicht geben würden, war freilich nicht zu erwarten. 1997 haben die Konservativen schätzungsweise 20 Millionen, Labour 13 Millionen Pfund ausgegeben; der neue Plafond liegt dazwischen, und die beiden grossen Parteien dürften ihn voll ausnützen.